



De Rude Pooz



Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Ausgabe IV/2012

www.dkp-koeln.de

Der tödliche Rotstift

Der neue Haushalt der Stadt Köln

Aus der Bezirksregierung wird Anfang September bekannt, daß die Stadtkämmerin Gabriele Klug (Grüne) über 8 Millionen im Sozialbereich der Stadt streichen will. Allein bei den Bürgerzentren sollen 1,44 Millionen Euro gekürzt werden, bei den Wohlfahrtsverbänden 1,57 Millionen. Einschulungshilfen von 500 000 Euro werden gestrichen, ebenso bei der Schulter- und Suchtberatung in Höhe von 1,5 Millionen. Das interkulturelle Referat verliert 1 Million, die Senioren samt ihren Netzwerken insgesamt über zwei Millionen.

Die nächste Kürzungsorgie wird vorbereitet

Kölnische Rundschau (5.9.): „Die vier großen Fraktionen im Rat wollen gemeinsam die Verantwortung für die notwendigen Sparmaßnahmen tragen. Gestern teilten SPD, CDU, Grüne und FDP mit, dass sie sich darauf verständigt haben, größere Konsolidierungsvorschläge untereinander zu bera-

ten. Sie wollen ein „Effizienzteam“ bilden. „Dabei sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, Maßnahmen zur Haushaltssanierung gemeinsam vorzuschlagen und zu tragen“, heißt es. Der Kommentar der Zeitung: „Ohne unpopuläre Entscheidungen und schmerzhaftes Einschnitte geht es nicht. Und die setzt man mit breiter politischer Mehrheit sicher leichter durch.“

Es ist dieselbe politische Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP, die am 29. Juni im Bundestag Fiskalpakt und Europäischem Stabilisierungsmechanismus (ESM) beschlossen haben.

Mit dem Fiskalpakt werden die Staaten und damit auch die Kommunen verpflichtet ihre Schulden zu senken.

- Fortsetzung auf S. 7 -

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- ESM, Fiskalpakt und Folgen - Interview mit einer Rentnerin, S. 2-4
- Hintergründe zur GEMA-Tarifreform, S.5
- DKP zur Wohnungspolitik, S. 7

Samstag 29.9.12:
Bundesweiter
Aktionstag
www.umfairteilen.de

UM fair TEILEN



ESM, Fiskalpakt und Folgen

„De rude Pooz“ führte ein Interview mit Christine, einer engagierten Rentnerin aus der Kölner Südstadt. Wir wollten ihre Meinung zu den neuesten Verfassungsänderungen im Rahmen des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) und Fiskalpakts erfahren, sowie nach Möglichkeiten aktiv zu werden.

DrP: Christine, was denkst Du, wenn Du Fiskalpakt und ESM hörst?

Ich bin zornig, ich bin nicht nur zornig, sondern stinkwütend.

DrP: Warum?

Da sitzen demnächst in Brüssel 5 reichlich betuchte und gut bezahlte Herren, die darüber entscheiden, ob ich morgen oder in einem Jahr noch meine volle Rente bekomme.

DrP: Wie meinst Du das?

Jede Bank im Euro-Raum, die sich verzockt hat oder sonst wie notleidend geworden ist, kann sich beim ESM refinanzieren. Wenn z.B. morgen eine spanische Bank (oder eine deutsche oder Italienische oder alle drei) vom ESM Gelder in dreistelliger Milliardenhöhe beantragt – wie kürzlich der spanische Staat beim Rettungsschirm 100 Milliarden für seine Banken beantragt und erhalten hat, das können demnächst die Banken direkt tun ohne Staat -, dann entscheidet das Direktorium eines sog. Gouverneursrates, eben diese 5 gut bezahlten Männer darüber, ob diese Milliarden an die Banken ausbezahlt werden.

Die Mitglieder dieses Gouverneursrates, in dem alle EU-Staaten vertreten sind, sind nicht etwa gewählt, sondern werden von den Regierungen eingesetzt. An den Entscheidungen dieser Herren, die geheim sind, kann keine Regierung, kein nationales oder EU-Parlament, keine EU-Kommission und kein Gericht etwas ändern. Der Gouverneursrat kann seine Gehälter selbst bestimmen und braucht ihre Höhe nicht offen zu legen, seine Mitglieder sind nicht rechenschaftspflichtig, sie können nicht zur Verantwortung ge-

zogen oder juristisch belangt werden, sie können das Stammkapital des ESM, für das die Steuerzahler der EU-Länder haften, von sich aus erhöhen. Dieser ESM-Vertrag ist auch nicht kündbar, kein Staat kann aus ihm austreten, er ist für alle Ewigkeiten gültig.

DrP: Um wie viele Milliarden handelt es sich, für die Deutschland beim ESM haften muss?

Kommunisten und demokratische Bündnisse

Gegen Sozial- und Demokratieabbau, Militarisierung und Kriegspolitik, Rassismus und neofaschistische Gefahren in unserem Land und anderen imperialistischen Metropolen, gegen die Folgen der imperialistischen Globalisierung für die Völker der armen Länder entwickelt sich Widerstand. Die Mitglieder der DKP arbeiten aktiv in demokratischen Bewegungen, Bündnissen und örtlichen Bürgerinitiativen mit. Die DKP geht davon aus, dass Inhalt und Form des Kampfes durch die jeweiligen Bewegungen selbst bestimmt werden. Die Mitglieder der DKP wirken konsequent für die gemeinsam erarbeiteten Forderungen und Ziele und bringen in die Debatten um Kampfformen und gesellschaftliche Alternativen ihre weltanschaulichen und politischen Positionen ein. Die DKP tritt für eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ein. Sie respektiert die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbstständigkeit ihrer Bündnispartner und erwartet von ihnen die gleiche Haltung gegenüber der DKP. Die Mitglieder der DKP stellen in ihrer Arbeit in den Initiativen die Eigentumsfrage als die Grundfrage jeder Bewegung.

(Programm der DKP, S.39.f.)



Bis jetzt um 27 % der ESM-Summe, das sind 189 Milliarden Euro, darin sind die Haftungssummen für den EFSF und weitere kleinere „Schirme“ nicht enthalten. Sollten jedoch Spanien und Italien als Zahlungsländer ausfallen, weil sie zahlungsunfähig geworden sind, dann steigt der Anteil für

ner keine Operationen oder Medikamente mehr gezahlt werden oder dass die Mehrwertsteuer erhöht oder in allen sozialen Bereichen massiv gekürzt wird oder alles zusammen passiert, denn 301 Milliarden Euro oder auch nur 189 Milliarden ist `ne Menge Zaster.



Deutschland auf 43 %, das sind 301 Milliarden (Sendung Plusminus v. 25.07.12).

Plusminus: „Wenn Spanien oder auch andere ausfallen und nicht mehr einzahlen können, ist Deutschland laut ESM-Vertrag sogar zwingend verpflichtet, deren Anteil mit zu übernehmen. Im ESM-Vertrag heißt es: „Die ESM-Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt (...) innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung [der 5 wohlbetuchten Herren des Direktoriums - DrP] einzuzahlen.“... Und nach oben gibt es keine Grenzen. Wenn man alle Bank- und Staatsschulden der Krisenländer addiert, geht es um bis zu 13.000 Milliarden Euro.“

DrP: Das sind doch unvorstellbare Summen, woher sollen die denn kommen?

Ja eben. Woher nimmt der Staat das Geld? Die Steuereinnahmen sind im Haushalt verplant, sogar mehr als eingenommen werden. Neue Schulden machen darf er nicht, dafür sorgt der Fiskalpak und die Aufnahme der sog. Schuldenbremse ins Grundgesetz.

Der Staat wird es also – wie schon immer – von der breiten Masse der Bevölkerung nehmen und so kann es – wie in Griechenland geschehen - auch hier passieren, dass meine Rente um 20 oder mehr Prozent gekürzt wird, dass für Rent-

DrP: Ja ist denn das schon Gesetz?

Ja eben, da hat unser Parlament sich selbst kastriert und entbehrlich gemacht. Mit Zweidrittelmehrheit ist unsere Verfassung am 29. Juni geändert worden, alle Parteien mit Ausnahme der Partei DIE LINKE und einzelne Abgeordnete von anderen Parteien haben dem zugestimmt. Da fragt man sich doch, wo bleibt unsere so viel gepriesene „Westliche Demokratie“? Für mich ist das eine Diktatur dieses Gouverneursrates, eine Diktatur von reichen Männern, die voll und ganz die Interessen des Finanzkapitals und der Banken vertreten.

Damit sollen noch die letzten Reste von anständigem Leben der breiten Bevölkerung auf die Reichen in der Gesellschaft umverteilt werden.

Ob das Bundesverfassungsgericht, das im September über ESM und Fiskalpak entscheiden wird, diesem Teufelsspuk ein Ende setzen wird, ist doch recht fraglich.



DrP: Und was sollen wir jetzt tun?

Da kann nur ein ganz breiter Protest der Bevölkerung etwas ändern.

Ich werde mit all' meinen Freunden und Bekannten reden, denn die meisten wissen gar nicht, was hinter ESM und Fiskalpakt steckt.

Und in jedem Fall werde ich am 29. September 2012 an der von der Gewerkschaft ver.di und vielen Organisationen und Institutionen geplanten Protestdemonstration und -Kundgebung unter dem Motto „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ in Köln um 14.00 Uhr auf dem Heumarkt teilnehmen. Das sollten wir alle tun.

.Letztendlich hilft nur ein großer Schuldenschnitt, die Banken an die Kandare nehmen, Spekulanten und Multimillionäre, die an der Krise verdienen, durch hohe Steuern an den Verlusten zu beteiligen.

Umfairteilen - Reichtum besteuern

*Mach mit am **29. September:**
12:00 Uhr auf dem **Roncalliplatz** in Köln*

Protestdemonstration und -kundgebung!

Wir sind die Jugend - Wir sind es wert - Umfairteilen jetzt!

*Jugendblock auf der **zentralen**
Protestdemonstration und -kundgebung in
Köln!*

*Jugendaufruf zu lesen auf:
www.sdaj-koeln.de*

Wählen mit 16? - Volkommen richtig, vollkommen demokratisch!

„Junge Menschen ab 16 Jahren sollen bei den Landtagswahlen mitwählen können. Denn wer reif genug für die Kommunalwahlen ist, ist es auch für die Landtagswahlen“, steht es im neuen Koalitionsvertrag der SPD-Grünen-Regierung in NRW. Und sofort erheben sich die ersten Stimmen: Junge Menschen wären nicht mündig genug, wüssten doch gar nicht, was sie tun.

Denken wir aber noch einmal nach. Für die meisten Jugendlichen beginnt mit 16 Jahren der „Ernst des Lebens“, nämlich die Ausbildung. Sie haben ihre Pflichtschulzeit hinter sich und nehmen nun am gesellschaftlichen Leben teil, verdienen und zahlen Steuern. Wer am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, der muss auch mitbestimmen. Also reichen Schülervertretungen in der Schule, sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen im Betrieb nicht aus. Die Jugend als Zukunft des Landes muss auch mitbestimmen können, wer im Parlament sitzt.

Wir sagen daher: Wählen ab 16 ist vollkommen richtig! Wir werden uns gemeinsam mit Sozialdemokraten, Grünen und allen anderen Demokraten dafür einsetzen, dass das Wählen ab 16 durchgesetzt wird. Wir meinen aber, junge Menschen sollen nicht nur alle vier oder fünf Jahre ihre Stimme abgeben, sondern immer und ständig ihre Stimme erheben, sich einmischen, aktiv werden, für ihre Interessen, für soziale Gerechtigkeit, gegen die Zerstörung von Natur und Umwelt und vieles mehr. Dann gibt das Wählen erst einen Sinn.

WWW.SDAJ-KOELN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/SDAJRHEINLANDWESTFALEN

Please Don't Stop The Music...

Party statt Profitel

Die GEMA – was ist das überhaupt? Die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte vertritt laut eigener Definition die Nutzungsrechte von z.B. Musikern, Komponisten und Dichtern, die in ihr Mitglied sind. Wird nun zum Beispiel ein Song öffentlich aufgeführt, werden Vergütungen an die GEMA abgedrückt, diese schüttet die Gelder dann nach einem komplizierten und undurchsichtigen Verteilerschlüssel an ihre Mitglieder aus. Dieser Verteilerschlüssel ist derart ungerecht und teilweise willkürlich, dass bei den Künstlern, die die GEMA ja gerne vorschiebt, so gut wie gar nichts ankommt. Profitieren tun nur die Konzerne, wie zum Beispiel die Plattenfirmen.

Das ist in der Geschichte der GEMA selten anders gewesen. 1933 wurde aus der 1915 gegründeten GEMA die STAGMA, ein Goebbels-Kind. Mit der GEMA in der Hand der NS-Kulturaufsicht hatte der Reichspropagandaleiter leichtes Spiel. Alle Musiker, Dichter und Verleger mussten sich in einer Zentrale registrieren; unerwünschtes Kulturgut zu verbannen war nunmehr eine Leichtigkeit und nebenbei ließ sich ein Teil der STAGMA-Einkünfte für propagandistische Zwecke abzweigen. Nach dem II. Weltkrieg führte die STAGMA ihre Arbeit fort, ab 1947 allerdings wieder unter der Bezeichnung GEMA.

Nun gibt es auch noch eine GEMA-Tarifreform.

Soll heißen, 11 Tarife werden auf zwei zusammengekurzt und die Preise werden um im Schnitt 400% (Spitzensatz: +1200%) erhöht.

Dazu ein Rechenbeispiel: Stellen wir uns eine mittelgroße Disco vor, mit zwei Dancefloors à 400m² und 300m². Die GEMA-Gebühren für eine solche Räumlichkeit erhöhen sich mit der neuen Tarifreform von 21.553€ auf 147.916€ pro Jahr.

Feiern wird für uns damit unbezahlbar, denn auf irgendwen müssen die erhöhten GEMA-Gebühren schließlich umgelegt werden. Für die Betrei-

ber von Discotheken und sonstigen Einrichtungen kann dies das schnelle Aus bedeuten.

GEMA-Gebühren selbst für Musik auf einem Straßenfest oder eine private Geburtstagsparty bezahlen? Das kann nicht unsere Zukunft sein! Jugendzentren und öffentliche Plätze für Jugendliche werden sowieso schon überall weg gespart, für unter 18-Jährige gibt es fast gar keine Möglichkeiten, anständig feiern zu gehen. Jetzt werden uns sogar auch noch die kommerziellen "Möglichkeiten" zum Feiern genommen, indem die GEMA ihre Monopolstellung nutzt und letztendlich den Jugendlichen das Geld aus der Tasche zieht.

Wir sagen: NEIN zu diesen unverhältnismäßigen Erhöhungen! Konzerne zur Kasse, nicht wir Jugendliche!

Wir fordern:

- Einen fairen Verteilerschlüssel, der auch den Künstlern nutzt!
- Keine Umwälzung der Tarifreform auf uns Jugendliche!
- GEMA unter staatliche Kontrolle – zu unserem Schutz, dem unserer Partylocations UND der Musiker!



Rotes Sommerfest



Zahlreiche Besucher konnte die DKP-Gruppe Innenstadt Ende August wieder auf ihrem jährlichen Sommerfest am Freidenkerzentrum im Stollwerckhof begrüßen, darunter auch etliche Nachbarn. Bei unerwartet tollem Wetter bot sich bei kühlem Kölsch, Deftigem vom Grill, italienischen Essen, kubanischen Cocktails u.v.m. wieder viel Zeit und Gelegenheit für ein Schwätzchen oder um einfach ein paar gemütliche Stunden zu genießen.

Das Künstlerduo Paco & Madeleine sorgte mit Gesang und Musik in bewährter Weise für eine tolle Partystimmung.



Auch „Zigeuner“ haben Menschenrechte!

Zehntausende Roma aus südosteuropäischen Staaten kommen!

Schon werden Jahrhunderte alte Ressentiments in der Bevölkerung bedient: Als billige Huren, Diebe und asoziale Schmarotzer werden sie beschimpft, angeblich überschwemmen sie uns. „Zieh Gauner!“
Peinlich nur, daß es sich größtenteils um EU-Bürger handelt, die aus ihrer Heimat vertrieben werden- In Ungarn als Menschen 2.Klasse quasi entrechtet, in Bulgarien von Polizisten nach Feierabend

gejagt, in Rumänien gar von einer Bevölkerungsmehrheit für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Aus dem Kosovo sind sie schon lange verschwunden und in Tschechien, der Slowakei und Polen gehören sie zu den sozial und gesellschaftlich Geächteten, werden gezielt diskriminiert. 70 Jahre nach dem Holocaust an rund 500.000 Roma und Sinti nimmt der „Antiziganismus“ in Europa erschreckende Ausmaße an. Viele dieser Menschen werden zum Umherwandern gezwungen: Von Sarkozy aus La France abgeschoben, aus den Zielländern wieder vertrieben landen sie jetzt, sozial verelendet in Deutschland- und sind auch hier unerwünscht. Die drastische Karikatur, 1992 nach einem Nazimord an einem jungen Roma entstanden, sowie diese Zeilen mögen für dieses europäische Menschenrechtsthema sensibilisieren.

Schluß mit der Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung der Roma in Europa!



Fortsetzung von S.1 „Der neue Haushalt der Stadt Köln“

Es geht um die flächendeckende Einführung von Schuldbremsen mit automatischen Strafmaßnahmen.

Lage der Kommunen in NRW

In ganz Nordrhein-Westfalen sind die Kommunen am Ende. Sie halten sich mit sogenannten Kassenkrediten über Wasser, vergleichbar mit dem privaten Dispo.

Bei den NRW-Kommunen waren das im September 2011 schon insgesamt 21,6 Mrd. Euro, rechnerisch für jeden Einwohner 1208 Euro, 6,7 Prozent mehr als Ende 2010. In Köln hatten die Kassenkredite Ende 2011 eine Höhe von 300 Mio Euro erreicht. Gegenwärtig wird uns mitgeteilt, dass Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe



von fast 250 Mio Euro ausbleiben. Köln ist aber noch nicht auf den „Stärkungspakt“ der Landesregierung angewiesen. Damit sollen die ärmsten Kommunen aus der Schulden Spirale herausgeführt werden, dazu müssen sie aber, ähnlich wie die südeuropäischen Länder, massive Kürzungsvorgaben erfüllen.



Marxistische Abendschule

Beginn der Lektüre von
„Die deutsche Ideologie“ von Marx/Engels

24. Oktober - 19:30 Uhr - Freidenkerzentrum,
Bayenstraße 11, 50670 Köln

DKP zur Wohnungspolitik:

In der gesamten Kölner Innenstadt fehlt preisgünstiger Wohnraum. Gleichzeitig werden immer mal wieder teils große Gewerbegrundstücke frei – aktuell z.B. auf dem Gelände der ehemaligen Dom-Brauerei in der Alteburger Straße (Südstadt), Holzmarkt/ Ecke Mechtildisstrasse (Severinsviertel) oder Turiner Straße/ Ecke Dagobertstraße (Kunibertsviertel, unser Foto). Hier könnten ideale neue Wohneinheiten im unteren Mietpreissegment entstehen, am besten in öffentlicher Trägerschaft. Doch jede Chance wird von den Stadtoberen vertan. Allein auf den genannten Grundstücken sollen stattdessen noch mehr Gewerbeimmobilien entstehen und allenfalls wenige Luxuswohnungen für die betuchte Klientel. Dabei stehen 700 000 Quadratmeter Büroflächen in Köln leer!



Ein wohnungspolitischer Skandal sondergleichen! Eine andere Kommunalpolitik ist nötig!

Wer wir sind

„Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Sie ist hervorgegangen aus dem mehr als 150-jährigen Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg.“ (Programm der DKP, Seite 40)

Die DKP hat heute in Ost und West etwa 4000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu.

Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt ohne Krieg und Ausbeutung. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter.

In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent.

Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen, die auch in Köln mit einer eigenen Stadtgruppe aktiv ist.



Die Wochenzeitung UZ – unsere zeit – ist unverzichtbar, denn sie schreibt dort weiter, wo andere Medien längst schweigen. Themenschwerpunkte:

Demokratische Bewegungen, Wirtschaft & Soziales, Frauenrechte, Innen- und Kommunalpolitik, Internationale Entwicklungen, Jugend, Antifaschismus, Marxistische Theorie, Feuilleton.

**Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!**

Name

Vorname

Straße / Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefon

eMail-Adresse

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de

Unser nächster Gruppenabend:

Dienstag, 16. Oktober 2012, 19:30 Uhr
Thema: „Was ist los in Syrien?“
Freidenkerzentrum Bayenstr. 11

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dcp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstr. 11, 50670 Köln